



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-32
Fernschreiber 039890

P/VIII/198 - 26.8.53

Hinweise
auf den Inhalt:

Fälschungen statt Argumente	S. 1
Französische Illusionen	S. 3
"Die Welt" - unabhängige Tageszeitung" ?	S. 5
Das Bekantnis des Herrn Dr. Ehrlich	S. 6

Wahlmethoden der christlichen Konslerpartei

(sp) Von parteientlicher Seite der CDU/CSU wurden am Dienstag fotokopierte "Dokumente" veröffentlicht, die die SPD belasten sollen. Der DUD, der Pressedienst der CDU, schrieb, er überlasse das Urteil über den Inhalt der Dokumente der Öffentlichkeit. Sie wird nicht lange brauchen, es sich zu bilden.

Es sollen angebliche parteiinterne Aktennotizen sein, vier an der Zahl. Die erste sozialdemokratische Erwiderung wurde unmittelbar nach der Verlage der Kopien gegeben. Eine glatte und vollkommene Fälschung. Wir leuchten diese Erwiderung durch einige Hinweise ergänzen, die wieder durch weitere vervollständigt werden könnten:

1. Keine der vier Notizen trägt ein Datum, ein amtliches Versehen in einem Betrag von der Größe des SPD-Parteivorstandes mit seinen zahlreichen Referaten. Keines nennt einen Betrag, obwohl in jedem von Gelddingen die Rede ist.
2. Alle vier Kopien tragen den maschinell geschriebenen Ursprungswort "Verständnis", was für ein Unberechneten von Leuten, die mit dem Sekretariat nicht das geringste zu tun haben, als von diesem wieder - maschinell geschrieben - den Vornamen "Gulches", den es im Hauptüberhaupt nicht gibt.
3. Die Voraussetzungen selbst sind für jeden durch Vergleich mit Originalen nachprüfbar; der Fall sehr ungeschickte Fälschungen und auf dem Gebiet der die soziale Bewegung.
4. Der verwendete Ausdruck "Gulches" ist ein sehr seltenes

demokratischen und gewerkschaftlichen Kreisen vollkommen unbekannt. Abkürzung für I.G. Druck und Papier. Hier hat man kühn den Namen der Ausstellung "Druck und Papier", die in Düsseldorf stattfand, benutzt, um sich einem vermeintlichen Jargon anzupassen.

Der Inhalt ist entsprechend kurios. Wer im internen Parteibetrieb Bescheid weiß, kann sich nicht eines Schmunzels erwehren, wenn er liest, Ortloff habe Fritz Heine die Teilnahme an einer Sitzung des "Finanzausschusses" (den es nicht gibt und daher wohl die Anführungszeichen) "vorgeschlagen" oder wenn der "Vorsitzende der I.G. Metall heute die vereinbarte Summe an den Gen. Naas übergeben" habe - alles nach dem Motte, wie sich der kleine Moritz das vorstellt.

Solche Wische, und wesentlich geschicktere, sind in einer halben Stunde anzufertigen. Wieviel sie finanziell eingebracht haben oder künftig einbringen werden, wissen wir nicht. Die Plumpheit der Fälschung ist naiv. Die einstweilige Verfügung gegen die weitere Verbreitung ist beantragt, die gerichtliche Klärung wird unmittelbar folgen, bei der Staatsanwaltschaft ist Strafantrag wegen Urkundenfälschung gestellt. Das Ganze ist offenbar als Erwiderung auf die SPD-Denkschrift über die Wahlunterstützung der Unternehmer für die Regierungsparteien gedacht, aus der nicht ein Dokument bestritten worden ist, weil es nicht bestritten werden konnte.

Ihre besondere politische Note bekommt die Angelegenheit dadurch, daß Dr. Adenauer als Vorsitzender der CDU kürzlich Herrn Heine schriftlich mitgeteilt hat, es stünden ihm weitere Unterlagen über Finanzierungsmethoden der SPD zur Verfügung und daß er zwei Tage vor der Veröffentlichung der sogenannten Dokumente in Dieburg in Hessen erklärt hat, die nächsten Tage würden der Öffentlichkeit zeigen, wie die SPD finanziert werde. Er hat also die Dokumente gekannt. Natürlich besteht die theoretische Möglichkeit, daß die Fälschung als solche nicht erkannt wurde. Nach den bisherigen Kampfmethoden der CDU spricht dafür aber nicht allzu viel.

Man erinnert sich in diesem Zusammenhang jenes Wortes Schumachers von dem "reservierten Verhältnis Adenauers zur Wahrheit". Man erinnert sich eines anderen Falles: Am 21. Februar 1952 wies eine

parteiamtliche sozialdemokratische Veröffentlichung in minutiöser Beweisführung unter der Überschrift "Die Glaubwürdigkeit des Bundeskanzlers" nach, daß es mit ihr nicht weit her sei. Der Kanzler beschwerte sich in einem Brief an den Parteivorstand und verlangte Berichtigung. Sie konnte nicht gegeben werden, weil die Tatsachen unwiderlegbar waren. Dr. Adenauer verzichtete daraufhin auf jede gerichtliche Klärung, obwohl die sozialdemokratische Stellungnahme mit den Worten geschlossen hatte: "Das Fazit besteht in der unumstößlichen und peinlichen Tatsache, daß der Bundeskanzler vor dem Bundestag in einer politisch hochbedeutsamen Angelegenheit bewußt die Unwahrheit gesagt hat".

Den Wahlkampf mit Fälschungen führen, heißt jede politische Fairness und jeden menschlichen Anstand vernichten lassen. Wir können uns auch nicht denken, daß diese Art der Wahlkampfführung von den breiten Kreisen der Mitglieder und Freunde der CDU gebilligt werden. Davon abgesehen sollte man sich sagen, daß die deutsche Öffentlichkeit heute ein feines Ohr für den Unterschied zwischen Verleumdungen und Argumenten hat und daß außerdem die Unglaubwürdigkeit solcher Verleumdungen mit dem Herannahen des Wahltermins automatisch wächst, weil jedermann die Absicht mit Händen greifen kann, die dahinter steckt.

+ + +

So urteilt Belgiens CDU über die SPD

(sp) Der Bundestagswahlkampf nimmt in den Zeitungen der Nachbarländer Deutschlands fast täglich Raum auf der ersten Seite ein. Dabei gelangen die ausländischen Beobachter oft zu Erkenntnissen, die man dem deutschen Volk nicht unterschlagen sollte - also weniger, wenn es sich um Gesinnungsgenossen des Bundeskanzlers handelt. So schreibt die "Cité", das Blatt der belgischen Christlich-Sozialen Regierungspartei, das Gegenstück der deutschen CDU, in einer langen Betrachtung über die deutschen Parteien am 20. August:

"Die deutsche Sozialdemokratie ist die am besten organisierte, am straffsten zusammengefaßte Partei und diejenige, die die meisten Mitglieder besitzt. Neben der CDU bildet sie die politische Gruppierung, die sich am besten gegen die Unterwanderung durch Neo-Nazisten und Kommunisten verteidigt hat".

Wohlgemerkt, das ist der ehrliche Eindruck eines ausländischen Gegners der SPD. Im weiteren Verlauf macht das Blatt der SPD unter Anführung ihrer Haltung in der Sparfrage den Vorwurf, zu national zu sein und hebt das "Europäertum" Adenauers hervor.

Französische Kolonialpolitik und europäische Einheit

K.Ku. Es könnte als symbolisch angesehen werden, daß die französische Regierung den von ihr abgesetzten Sultan Sidi Mohammed V. von Marokko nach Korsika, der Geburtsstätte Napoleons, verbannen ließ. Einige französische Politiker und Militärs, die in der Vorstellungswelt eines vergangenen Jahrhunderts leben, glauben sich napoleonische Gestalten zumuten zu können, ohne mehr damit zu erreichen, als daß das Mißtrauen gegen die Politik Frankreichs sich steigert und die Zwietracht in der nichtkommunistischen Welt wächst.

Sultan Sidi Mohammed war ein aufgeklärter Herrscher. Er zeigte Neigungen, moderne Erziehungsmethoden unter seinen Landsleuten zu fördern, soweit sich das mit den strengen Begriffen der islamischen Religion vereinbaren ließ. Er dachte an eine bescheidene "Demokratisierung" der marokkanischen Feudalverhältnisse. Damit verband sich sein Wunsch nach größerer Selbständigkeit für sein Land, nach mehr Unabhängigkeit von Frankreich.

Seine Wünsche deckten sich mit denen, die die nach nationaler Unabhängigkeit strebenden Kräfte der drei indochinesischen Staaten, Tunesiens und Algeriens äußern. In allen diesen Gebieten hat es die französische Kolonialpolitik verstanden, große Bevölkerungsgruppen entweder in die Arme des Kommunismus zu treiben, der sich besonders in Asien wirkungsvoll des Begriffs der nationalen Freiheit für seine ganz andere ausgerichteten Pläne bedient, oder sie zur Verzweiflung zu bringen.

Die treibenden Kräfte bei der Absetzung des Sultans von Marokko waren neben den Marokko-Franzosen die Militärs um Marschall Juin und Politiker wie Außenminister Bidault. Juin hat nicht vergessen, daß der Sultan seine Abberufung forderte, als er noch Generalresident in Marokko war. Bidault sucht sich durch dieses "Husarenstück" die Unterstützung jener ultrakonservativen Kräfte der französischen Politik zu sichern, die bei der bevorstehenden Wahl des neuen französischen Staatspräsidenten nützlich sein können.

Diese konservativen Gruppen in Frankreich halten mit großer Zähigkeit an der Vorstellung fest, daß Frankreich eine "Großmacht" sei und

entsprechend auftreten müsse. So haben sie Frankreichs Position in Syrien nach dem ersten Weltkrieg verspielt, so haben sie Indochina in einen nun sieben Jahre währenden Bürgerkrieg gestürzt, der die Kraft Frankreichs und das Blut deutscher Legionäre aufzehrt. Der Geist, der diese Politik beherrscht, ist der gleiche, der das Vorgehen Frankreichs im Saarland beherrscht.

Was hat nun die von Paris heraufbeschworene Krise in Marokko mit der Einheit Europas zu tun? Ist es nicht eine rein innerfranzösische Angelegenheit? Diese Frage muß verneint werden. Die Europapolitik Frankreichs zielt darauf ab, sich die Potenzen anderer europäischer Staaten zunutze zu machen, ohne diesen ein Mitspracherecht in der französischen Gesamtpolitik zu gewähren. Schon die Konstruktion des EVG-Vertrags ist darauf abgestellt, die Stellung Frankreichs in Europa mit den Heeren anderer Staaten zu festigen, ihm aber gleichzeitig freie Hand in den Kolonialgebieten zu lassen. Von dem schönen Traum der Montan-Union einer gemeinschaftlichen wirtschaftlichen Erschließung Nordafrikas ist ebenfalls nicht mehr die Rede. Und die "europäische Gemeinschaft" ist in der Vorstellung der zurzeit regierenden Kreise Frankreichs wohl auch nichts als ein Dienstbarmachen anderer Länder für die französische Außenpolitik.

Natürlich müssen für jeden, der an das Zustandekommen einer wirklichen europäischen Verbundenheit glaubt, diese Doppelziele der französischen Politik unannehmbar sein. Gesetzt, die europäische Gemeinschaft käme zustande: Das würde zur Folge haben, daß die beteiligten Staaten mit der französischen Kolonialpolitik identifiziert werden. Deutschland aber kann nicht das geringste Interesse daran haben, beispielsweise die sich sehr freundschaftlich entwickelnden Beziehungen zu den Araberländern aufs Spiel zu setzen, nur weil einige Cliques französischer Kolonialisten und Militärs zu träge sind, einen Blick auf die Uhr der Geschichte zu werfen. Dieser Fall aber würde eintreten, wenn die Bundesrepublik in die Politik Frankreichs "integriert" wird.

Natürlich gibt es auch in Frankreich breite nichtkommunistische Kreise, die das Vorgehen der amtlichen Stellen lobhaft mißbilligen. Mehr denn je ist es an der Zeit, daß beispielsweise der Bericht einer parlamentarischen Vierer-Kommission über Indochina, von den Einzelheiten bereits bekannt sind, in aller Offenheit vor der Nationalversammlung erörtert wird. Das würde die Hoffnungen bestärken, daß die gesunden Kräfte Frankreichs, denen mehr am echten Fortschritt als an altertümlichen Ideen von der "Vorherrschaft des weißen Mannes" liegt, allmählich zum Durchbruch kommen und auch eine wirkliche europäische Politik ermöglichen.

Gleiche Brüder

Im täglichen Informationsdienst, den Curt L. Schmitt in Detmold-Hiddesen herausgibt und mit dem er sich mit besonderem Eifer in den Dienst der Unternehmer stellt, erschien am 21. August 1953 folgende Notiz:

"Peter von Zahn kehrte inzwischen nach den USA zurück - mit einer Verlängerung seines NWDR-Vertrages in der Tasche. Nachdem ich bereits am 21.7. Zweifel äußerte, daß Zahn an dem Stuhl des Hauptschriftleiters der Zeitung "Die Welt" interessiert sei, bittet mich jetzt der Hamburger Axel Springer-Verlag, Ihnen mitzuteilen, daß er weder mit Zahn verhandelt habe, noch beabsichtige, die politische Linie der "Welt" zu ändern. Ich bin sicher, daß diese Meldung des angesehenen Hamburger Verlages einige Beruhigung auslöst, weshalb ich sie Ihnen gern weitergebe".

Diese Information, die Curt L. Schmitt seinen großindustriellen Lesern vorsetzt, macht zunächst deutlich, daß der Verlag Axel Springer in Hamburg schon so handelt und "verlautbart", als sei er der Inhaber des Verlages der "Welt". Er beabsichtigt nicht, die politische Linie dieser Zeitung zu ändern. Wir nehmen das zur Kenntnis. Aber wir fragen, welcher Art diese Linie ist, die Herrn Schmitt und seinen Lesern "Beruhigung" gewährt, und die auch Axel Springer fortsetzen will.

Darüber gibt die beste Auskunft die "Welt" selbst. Es ist in den letzten Wochen keine Ausgabe erschienen, die nicht für Adenauer und die CDU Propaganda machte. (Eine einzige Ausnahme sei der Gerechtigkeit wegen erwähnt: Die redaktionseigene Analyse über die Sozialdemokratische Partei, die zumindest das chrliche Bemühen zeigte, loyal zu sein). Meldungen, die Adenauers "Leistungen" herausstellten, erschienen auf der ersten, Nachrichten, die Kritik übten, auf der letzten Seite, wenn überhaupt. Bilder Adenauers in allen Lebenslagen, Leitartikel des Bonner Hof-Journalisten Worliczek, die einfach alles gutheißer, was Adenauer tut und alles als unnational bezeichnen, was die Opposition für gut und nützlich im Sinne Deutschlands und des deutschen Volkes hält, Nachrichten über die zustimmende Meinung des Auslandes - das ist der Inhalt der "Welt" in den Wahlkampfwochen. Sozialpolitische Feststellungen der Gewerkschaften wurden in großer Zahl unterschlagen. Der Aufruf des DGB ist den Lesern niemals im Wortlaut mitgeteilt worden, wohl aber die Kritik der Bundesregierung dazu. Adenauers frivole Behauptungen, Sozialdemokraten hätten Ostgelder angenommen, erschienen gut aufgemacht und

placiert, die Entgegnungen der Beschuldigten fand man nur mühsam in den Spalten der Zeitung. Daß Adenauer Namen nannte, plakatierte die Zeitung auf der ersten Seite in fettem Druck, daß es nur zwei waren, fand man offenbar in der verantwortlichen Redaktion unwichtig, obwohl der Kanzler seine Anschuldigungen in öffentlicher Versammlung erhoben hatte und obwohl der Eindruck entstanden war, als handele es sich um zahlreiche "Fälle". Sie lägen "auf Kreisebene", sagte der Kanzler verschämt. Die "Welt" übersah es. Sie übersieht jedoch nicht, wenn irgendwer irgendwo im Ausland ein Wort spricht oder schreibt, das ihrem Kanzler nützt - sie bringt es. Sie bringt jede Rede des Kanzlers, die er im Wahlkampf hält, auch dann, wenn wiederholt wird, was erst gestern gesprochen wurde. Nicht einmal die anderen Koalitionspartner, geschweige denn die Opposition finden auch nur annähernd gleiche Beachtung.

Mit dieser Haltung steht freilich die "Welt" nicht allein im deutschen Blätterwald. Der Umfang der heimlichen und offenen Unterstützung die der Bundesregierung durch eine Reihe von Zeitungen und Zeitschriften zuteil wird, die sich neutral und unabhängig nennen, ist la-witenerartig gewachsen. Jetzt, wo es ernst für diese Parteigänger der Interessentenclique um Adenauer und Ehrhard wird, wo die Regierung um ihre Existenz bangen und kämpfen muß, läßt man auch bei den "Neutralen" und "Unabhängigen" die Masken in nervöser Furcht fallen und leistet Wahlhilfe. Die "Welt" tut es ungeniert. Man wird sich zu gegebener Zeit daran erinnern müssen.

M.M.

+ + +

Wozu denn auch noch Naumann - ?

R.G. Die Frage ist wirklich angebracht: Wozu hätten wir einen Naumann gebraucht, wenn wir einen Ehrlich haben, wozu eine DRP, wenn die DF dasselbe leistet ?

Dr. Emil Ehrlich, als Bundestagskandidat und Wahlredner eines der leuchtendsten Aushängeschilder der Deutschen Partei, hat vor wenigen Tagen im Rahmen der Sendung "Parteien sprechen zur Wahl" ziemlich offenerzig kundgetan, daß die Forderungen der alten, führenden Nationalsozialisten von der DF bestens vertreten werden und daß also eine

neonazistische Partei neben der DP überflüssig sei.

(Das Betätigungsverbot für Naumann und das möglicherweise zu erwartende Verbot der DRP soll also die politische Entwicklung im neonazistischen Sinne nach dem Willen und der Meinung Dr. Emil Ehrichs nicht weiter stören können.) Aber hören wir ihn einmal selbst:

"Alle hiermit aufgeworfenen Fragen werden in Kürze ihre rechtliche Lösung finden. Für den politischen Bereich, für das Urteil des Auslandes jedoch, das alle Bewegungen solcher Art mißtrauisch beobachtet, wird sehr viel davon abhängen, in welcher Tonart diese Forderungen vertreten werden. Wir wären sicherlich schon weiter, wenn nicht die Sozialistische Reichspartei soviel Porzellan zerschlagen hätte. Die Führer von einst, die nun wieder auf der politischen Ebene erscheinen, sollten sich vor einer Überspannung des Bogens hüten. Das deutsche Volk lehnt eine Wiederherstellung des Nationalsozialismus ab. Wir können aber unsere politische Heimat in der Konservativen Partei finden, die von jeher ihr Bekenntnis zur g a n z e n deutschen Vergangenheit abgelegt hat ... Wir machen den rechten Flügel stark, wir wählen die Deutsche Partei".

Das war der Schluß seiner Rundfunkrede; an ihrem Beginn stand die Legitimation, die Ehrich als autorisierten Sprecher der Nazis erweist: "Als ehemaliger Beamter im auswärtigen Dienst des Deutschen Reiches, als ehemaliger Nationalsozialist und Offizier der Waffen-SS ..."; nur sein Amt als Landesleiter der NSDAP in Italien verschwieg er in dieser vor der Öffentlichkeit dargebotenen Aufzählung noch, bekräftigte aber seine nazistische Legitimation mit dem Hinweis: "Als Kandidat der Deutschen Partei kann ich aber mit einem guten Gewissen vor meine ehemaligen Kameraden hintreten, kann in ihrem Namen sprechen und mich zugleich an sie wenden. Meine Partei hat nicht erst gestern ihr rechtsstaatliches Herz entdeckt".

Das alles machte eigentlich auch Naumann nicht besser, nachdem er heil und gesund aus dem "menschenunwürdigen" Werl zurückgekommen war. Nur wählte Naumann nicht den sicheren Hintergrund einer mit Adenauer verbündeten "demokratischen" Partei. Und diesen Hintergrund braucht man wohl, wenn man "alle hiermit aufgeworfenen Fragen" zu einer rechtlichen Lösung bringen will. Und da man diesen Schutz, dank der Haltung des Bundeskanzlers, sich auch mit dem Teufel zu verbünden, wenn man der (Sozial-) Demokratie damit schaden kann, in vollem Umfange genießt, ist wirklich eine weitere neonazistische Partei überflüssig. Naumann kann gehen, Ehrich will das gleiche Werk vollbringen.

Verantwortlich: Peter Raunau